

Schuld ist der Herr Jemand

Guido Westerwelle übt sich in Schadensbegrenzung: bloß keine Partei-affäre machen aus dem Möllemann-Fehltritt

Von Corinna Emundts (Berlin)

Er vergisst sogar zu lächeln. Guido Westerwelle hört dem Fragenden konzentriert zu, mit ernster Miene. Mundwinkel hoch, scheint ihm zwischendurch einzufallen, trotz allem. Und dann knipst er plötzlich das Lächeln wieder an. Es sind so viele Fernsehkameras und Fotografen da, wie er es sich sonst immer wünschte, wenn es nur ums Programm der Partei ginge. Doch das interessiert derzeit keinen. Die Lage ist ernst für den Chef der Freidemokraten, der kurz nach einem für ihn enttäuschenden Bundestagswahlergebnis jetzt auch noch eine Parteispendenaffäre durchhalten muss. Dazu kommt, dass es zwischen beidem eine Verbindung gibt im Kopf des Guido Westerwelle: Als Ursache für die fiskalischen Probleme wie das schlechte Wahlergebnis hat er ein Wahlkampfflugblatt von Möllemann ausgemacht. Von jenem Politikroboten, der kürzlich noch sein Stellvertreter und Chef seines Landesverbands war.

Es gibt da aber ein weiteres Problem. Der politische Totalabsturz des Jürgen Möllemann, den Westerwelle nun als Einzelfall darzustellen versucht, reißt ihn, Westerwelle, mit. Denn die Affäre Möllemann hat zu jedem Zeitpunkt immer auch die politischen Schwächen des ehemaligen Generalsekretärs und Jungstars Westerwelle offenbart. Sie tut das auch heute. Obwohl Westerwelle sich schärfer denn je von Möllemann distanziert. Aber er sitzt in der Falle. Westerwelle schließt gar nichts mehr aus, weder eine zivilrechtliche Klage gegen Möllemann noch ein Parteiausschlussverfahren. Er lässt offen erkennen, für wie unpässlich herzkrank er Möllemann hält. „Wenn jemand seitenlange Pressemitteilungen verfassen kann, einen vierstündigen Flug nach Gran Canaria übersteht und mit einem großen Auto über die Insel fährt, dann kann er auch die Namen der Spender nennen.“ Er höhnt.

Da steht er am Redepult, dieser korrekt gekleidete, immer noch jugendlich wirkende Mann, den man seit Monaten stets mit in den Parteifarben gestreifter Krawatte antrifft. Einer, der seine politische Karriere über Jahrzehnte angelegt und durchdacht hat und die Rhetorik, den Umgang mit den Medien wie wenige andere beherrscht. Er bittet die Zuhörer zu trennen zwischen der politischen und der juristischen Bewertung der Flugblatt-Affäre.

Aber es ist politisch umso bemerkenswerter, dass er nun in einer Schärfe gegen Möllemann vorgeht, die er vorher hat vermissen lassen. In jenen Sommermonaten, als Möllemann offenkundig mit antisemitischen Vorurteilen spielte, und auch in der Woche vor der Bundestagswahl, als ebensolche, in ein Flugblatt gedruckt, vom FDP-Vize als Postwurfsendung ans Wahlvolk verschickt wurden. Erst jetzt, als er offenkundig auch noch gegen das Parteiengesetz verstoßen hat, wird Möllemann zur Persona non grata für den Juristen Westerwelle, der nach der Präsidiumssitzung am Montag in Berlin nicht nur als Parteivorsitzender zu den Journalisten spricht. „Ich sage Ihnen das als Anwalt“, fügt er hinzu, um Möllemanns mögliche Delikte in fachgerechten Begriffen zu erläutern. Es hat nun für einen Juristen nicht akzeptable Vorgänge in Düsseldorf gegeben. In der Karsli-Affäre hatte er viel mehr Geduld und weniger Schärfe bewiesen.

Darin offenbart sich, von heute aus betrachtet, eine zeitweise Meinungsgemeinschaft, später immerhin noch eine vermutlich strategisch motivierte Duldung des im trüb-braunen Wasser fischenden Wahlkämpfers Möllemann. Erst seit der Bundestagswahl hat Westerwelles Diktion an Schärfe gewonnen: dass die FDP wachsen wolle, aber nicht um jeden Preis, und bitte schön als weiterhin liberale, weltoffene und tolerante Partei. Kritiker in der Partei sagen auch: erst als klar war, dass der Möllemann-Kurs keine Stimmen bringt.

Westerwelle würde das natürlich weit von sich weisen, als Unterstellung sondergleichen. Deswegen muss er jetzt so betonen, dass er Möllemann ohne Kenntnis seiner dubiosen Flugblatt-Finanzierung gleich nach der Wahl zum Rücktritt aufgefordert hat. Aber eben erst nach der Wahl. So lässt sich Westerwelles Werte- und Prioritätensetzung inzwischen erkennen: Der antisemitische Feldzug des Ritters Möllemann ist weniger schlimm als dessen damit verbundene Zerstörung des Wahlerfolgs und Ignoranz gegenüber dem Parteiengesetz. So haben es die Liberalen dem kaum mehr mit menschlicher Vernunft erklärbares Verhalten Möllemanns zu verdanken, dass sie nun mehr Einblick in den Charakter ihres Vorsitzenden Westerwelle erhalten haben.

Der versucht nun, die Person Möllemann aus der Partei zu entfernen wie ein Chirurg ein gefährliches Krebsgeschwür. „Wir können uns nicht von einem Mann in eine Finanzaffäre hineindrücken lassen.“ Ein Versuch, aus dem Skandal bloß keine Partei-affäre zu machen. „Es handelt sich nicht um die Affäre der FDP, sondern um die Affäre eines Mannes.“ Zu diesem Zweck nennt er Möllemann über eine Stunde hinweg kaum mehr beim Namen, sondern tituliert ihn meistens nur als einen „Jemand“. „Es kann nicht angehen, dass jemand im Namen der FDP so etwas anrichtet.“ Oder: „Wenn jemand ohne Wissen eines Parteigremiums ein Sonderkonto einrichtet und rechtswidrig auffüllt, muss das Konsequenzen haben.“ Jemand. Nicht die FDP. Mehr ist Möllemann jetzt nicht mehr in den Augen Westerwelles. Fragt sich nur, wie dieser eine Mann fast eine Million Euro, gestückelt in Einzelspenden, in wenigen Tagen auf verschiedenen Banken bar einzahlte, ohne Mitwisser in der Partei und außerhalb zu haben.

Was Bundesschatzmeister Günter Rexrodt da am Freitag und Montag an der Seite von Westerwelle über die Geldtransfers

Möllemanns berichten muss, könnte Krimiautoren inspirieren. „Fehlt nur noch die Räuberpistole“, witzelt ein FDP-Mann am Rande.

Bislang weiß man, dass die Post 838 000 Euro für die Postwurfsendung in Auflage von 8,279 Millionen Exemplaren von einem Wahlkampf-Sonderkonto Möllemanns abbuchte, nachdem sie es zuvor ohne Erfolg bei Möllemanns Firma Webtec versucht hatte; dessen Firmen-Konto wies offensichtlich keine ausreichende Deckung auf. Auf das Sonderkonto wurden bis zum 11. Oktober insgesamt 840 000 Euro Barspenden in 145 Einzelbeträgen bei Banken eingezahlt. Am 10. Oktober ist das Geld vom Wahlkampfsonderkonto bei der Post eingegangen. Die Spender sind der FDP bisher nicht bekannt, nur elf Namen konnten so weit identifiziert werden, dass man telefonisch nachfragen konnte, behauptet Rexrodt. Alle Befragten verneinten, der FDP Geld gespendet zu haben. Möllemann schweigt bisher eisern – wie einst Altkanzler Helmut Kohl.

Über die Herkunft des Gelds kann man bisher nur spekulieren. Der *FR* hatte Möllemann anfangs gesagt, er allein habe den Flyer finanziert. Vielleicht wollte er diesen Anschein in der Öffentlichkeit erwecken und Spendergeld auf seinem Firmenkonto reinwaschen, um davon dann offiziell den Flyer zu bezahlen. Warum sonst hätte er der Post diese Zahlungsadresse gegeben? Aus eigenen Mitteln wird es ihm schwer möglich gewesen sein. Die *Wirtschaftswoche* hatte recherchiert, dass seine Firma zuletzt einen Jahresumsatz von nur rund 250 000 Mark machte. Am 14. September versuchte die Post, sich das Geld beim FDP-Landesverband zu holen, und wurde später vom Landesschatzmeister an das Wahlkampfsonderkonto verwiesen. Dieses aber wurde von Möllemann erst am 20. September eingerichtet. Das wirkt aus heutiger Sicht so, als wollte er die Herkunft des Geldes verschleiern.